

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

22 (27.1.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-
bereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt
10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 8
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-
annahme tags zuvor nach 4 Uhr, für dringliche Familien-
anzeigen am Erscheinungstag 10 Uhr vorm. Für Platzwer-
schriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezog-
er keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung

Nr. 22

Mittwoch, den 27. Januar 1926

96 Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Programm der neuen Reichsregierung hat keinerlei Überraschungen gebracht. Die Regierungserklärung wurde von Links- und Rechtsradikalen mit förenden Zwischenrufen, in der Mitte mit Beifall aufgenommen.

Eine Savasmeldung betont wieder einmal, daß Deutschland die Entwaffnungsbedingungen nicht erfüllt habe. Ein Bericht des Generals Walsh von der Berliner Kontrollkommission gab den Anlaß.

Reichsminister Dr. Luthar will am Freitag mit den Handelsvertretern über das Preisabhanggesetz verhandeln.

Der drohende kriegerische Konflikt zwischen Rußland und China wurde durch einen Vergleich beigelegt.

Mussolini hat einem französischen Pressedirektor erklärt, Frankreich und Italien müßten einen festen Block gegen die deutsche Gefahr bilden.

Die Regierungserklärung

Bei vollem Haus fand am Dienstag um 2 Uhr im Reichstag die Vorstellung der neuen Reichsregierung und die Bekanntgabe der Regierungserklärung durch Reichsminister Dr. Luthar statt. Er führte, anfangs durch Zurufe der Kommunisten gestört, in wesentlichen aus:

Die jetzt dem Reichstag vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden. Um ein parlamentarisch gestütztes, wenn auch nimmer von einer Minderheit der Reichstages getragene Reichsregiment zu Stande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayer. Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen. Es wird Sache des Hauses sein darüber zu entscheiden, ob es der Aufnahme der jüdischen Arbeit durch die Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar 1925, als ich im hohen Hause eine Minderheitsregierung vorstellte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung lebenden Parteien nachgesucht, die in fruchtbarer Zusammenarbeit mit der Regierung leisten wollten. Die Regierung, die ich heute vorzustellen berufen bin, ist als Minderheitsregierung auf die Mithilfe nicht nur der Regierung gebührender Parteien grundsätzlich angewiesen. Sie erbittet diese Mithilfe, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer wirtschaftlichen Krise von höchstem Ausmaß die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann. In der Außenpolitik wird der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. Dezember 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. Nov. 1925 ausgesprochen habe, bestimmt. Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückgetretene geschäftsführende Reichsregierung hat gemäß der Einleitung des Reichstages vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Ausarbeitung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zugunsten des besetzten Gebietes. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes zu eingehender Aussprache überhaupst Gelegenheit geben wird. Meinezeit möchte ich heute nur auf eine Frage hinweisen, die zur Zeit im Mittelpunkt der Erörterung steht. Das ist die Frage der Besatzungszustände in der zweiten und dritten Zone. Hierüber hat die dem hohen Hause bekannte Note der Völkerbundkonferenz vom 14. Nov. 1925 vorgelesen, daß eine frühere Ermäßigung der Truppenzahl eintreten soll und zwar so, daß die künftige Besatzungszustände sich den Normalverhältnissen nähert. Der Vertrag der Normalverhältnisse kann nicht anders aufgestellt werden als gleichbedeutend mit dem Vertrag der deutschen Friedensverhältnisse in den in Betracht kommenden Gebieten, wie seinerzeit in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Völkerbundkonferenz vertretenen Mächte herangezogen worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung gibt sich der Erwartung hin, daß sie ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, auch dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Was die Innenpolitik betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Reaktionsentscheidung in Beamtenrecht und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf der Grundlage der Grundgesetzgebung der Länder. Auf dem Gebiet der Schulpolitik wird die Reichsregierung die Lösung anstreben, unter Wahrung der in der Verfassung gewährtesten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte. Die Reichsregierung gedenkt, eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung ernsthaft in Angriff zu nehmen. Die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung mit früheren regierenden kaiserlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsrechtlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volk die Ursache eines Volksentscheides ersparen möchte. Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich um die Weiterentwicklung der allgemeinen Reformgedanken, um große, absehbarere oder sonstige Pläne, oder um die laufenden Arbeit handelt, muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die öffentlichen Aufgaben auf ein Minimum herabzusetzen sind. Der feste Wille zu solcher Sparsamkeit, der keine Wankel in härtestem patriotischen Verantwortungsbewußtsein findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden wollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch

bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage, in der die Reichsregierung die Geschäfte des Reiches übernimmt, ist gekennzeichnet durch eine Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß. Ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Ausbeutung aller geistigen und körperlichen Kräfte, der ganzen Arbeitskraft und Sparbarkeit unseres Volkes. Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzwirtschaftlichem und nicht zuletzt sozialpolitischem Gebiet alles tun müssen, was möglich ist, um die Entlastung der Wirtschaft zu fördern und die Not weitestgehend zu lindern. Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben finden auch bei größter Beschränkung der Ausgaben ihre Begrenzung in den durch die Beermung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Belastungen, die wir infolge unserer Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade deshalb aber ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sorgfältig zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszugleichen, damit die Gesamtbelastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist. Die Reichsregierung wird demgemäß mit der durch die Lage der Wirtschaft gebotenen Beschleunigung auf der Grundlage des bestehenden Systems sich um den Abbau wirtschaftshemmender und damit preisversteuernder Steuern weiter bemühen, deren Schwere letzten Endes die breite Masse der Bevölkerung trifft. Um auch in diesem Zusammenhang die Eigenverantwortung der Länder und Gemeinden zu fördern, sollen für die Einkommensteuer am 1. April 1927 die Ueberweisungen durch Zuschüsse abgelehnt werden. Dabei ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander bleiben müssen. Das ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und feinerlei Sinngelassen in inflationärer Maßnahmen in Frage kommen kann, ist selbstverständlich.

Die Vereinfachung von öffentlichen Geldern für die Belebung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng begrenzt, und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Beschleunigung die öffentliche und Arbeiterfürsorge in den vollstärken Teilen des Reiches fördern. Die allgemeinen Sicherungslinien sollen hierdurch nicht berührt werden. Für die Förderung des Wohnungsbaus sind die Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Namentlich müssen Wege gefunden werden, die nicht abzulassenden Ueberforderung des Hauses zu beugen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hausbaukonten in diesen Belangen unterstützt zu werden und bemüht sich überdies besonders um die Erleichterung einzelner, langfristiger Anleiheverträge. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Marktlage der Wirtschaft hinarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht billigen und landwirtschaftlichen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei besonders an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Kreditbankkreditaktion ein beträchtlicher Zwischenkredit alsbald zugeführt werden. Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit Kredit allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähig gemacht wird. Maßnahmen zur Beseitigung der allgemeinen Not in der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationsbetrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in anderen Wirtschaftsteilen, ein Allheilmittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und Förderung irgend möglich auch die Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Stärkung der Außenwelt. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortgesetzt sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Befreiung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenverkehrs auf der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzubilden. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jeder ernsthaften Absicht einer Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergreifender Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und für die einzelnen deutschen Wirtschaftszweige, so besonders für Kohle und Eisen sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die gemeinsamen Kräfte werden, die der Selbstheilung durch die wirtschaftlichen Eigenkräfte noch entgegenstehen. Dabei denkt die Reichsregierung nicht an ein überspanntes Eingreifen der Behörden; sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit vielfach einzelnete Preisregulierung mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft vor übermäßigen Preissteigerungen zu schützen und dadurch gerade auch die gesunden Kräfte, sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes, in ihrer Lebensfähigkeit zu fördern. Besonders wichtig ist die abschließende Verabschiedung eines Gesetzes über die Vereinfachung der

Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung von Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberforderung befreien, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbsstände abhängt. Die zurückgetretene Reichsregierung hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfang gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiterarbeiten. Es ist bereit, wegen der zu ergriffenden Einzelmaßnahmen auch die im Gange befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretungen der Erwerbsstände erneut zu erörtern. Der unerlässliche Zweck der Preisregulierungsmaßnahmen neben der Gesundung der Wirtschaftslage ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsklassen mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeitergesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer international vereinbarten Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatsächlichen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zurzeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitsgerichtsgesetz weiter verfeinern wird. Die gezielte Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für Notstandsarbeiten an die Kommunen und anderen Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung herfließen werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden läßt und dem Reichstage eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann.

Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in jüdischer Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit am Dienstage jedes Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Wichtigkeit seines Volkes gebührt.

Die Rede des Reichsministers, die gerade eine halbe Stunde dauerte, wurde am Schluß mit dem Beifall der Mitte begrüßt, während von den Kommunisten und auch von den Völkischen Zischen erlöste. Ordnungsrufe erhielten Abg. Köllin, Köhlermann, Scheller und Sedert. Söhnliches Lachen erregte der Passus, in welchem der Reichsminister von der notwendigen Einleitung aller geistigen und körperlichen Kräfte sprach. Die Kommunisten riefen: So seht ihr aus. So seht ihr aus. Bei der Erwähnung der Sozialpolitik riefen sie: Was habt ihr denn bis jetzt getan? Schafft die Lohnsteuer ab! Präsident Lohse mußte sehr oft die Glocke schwingen und unter Androhung härterer Maßnahmen die Kommunisten zur Ruhe auffordern. Als der Reichsminister die Frage der Rüstungsbindungen heraufbeschied rief ein Völkischer: Wo bleiben die Juden? (Heiterkeit.) Als der Reichsminister seine Rede beendet hatte und das Aushören der Kommunisten und Völkischen, sowie der Beifall der Regierungsparteien beendet waren, beantragte Abg. Schalk-Kromberg (Dn.) daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund enthält, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde.

Unter großer Heiterkeit fanden für diesen Antrag fünfzig in der Regierung nicht beteiligte Parteien auf, sodas er Annahme fand.

Abg. v. Graefe (Völk.) beantragte, daß die Besprechung der Regierungserklärung sofort vorzunehmen werde. Gegen Kommunisten und Völkische wird dieser Antrag jedoch abgelehnt und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten Lohse beschlossen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittags 1 Uhr beginnen zu lassen.

Die Unterfuchung der Marineborgänge

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages wurde Vizeadmiral von Trotha als Auskunftsperson vereidigt und vernommen. Er äußert sich ausführlich über die Urlaubssrage bei der Marine. So schmerzlich es war, so konnte man selbst manche berechtigten Wünsche nach Urlaub nicht allen erfüllen, da Reichsfinanze und Bösmilligkeit die Urlaubsmöglichkeiten über Gebühr ausgenutzt hatten. Die Vorkürfe des Abg. Dittmann müßten dabei in dieser Angelegenheit zurückgewiesen werden und ebenso bezüglich der Härte der Strafen. Die Marinemannschaft war von einem Friedensstande von 75 000 Mann auf 300 000 Mann im Kriege angewachsen. Daraus erklärt sich, daß alle Arrestzellen gefüllt waren. Tatsächlich haben sich die Bestrafungen im Kriege gegenüber der Friedenszeit nicht vermehrt.

Von Trotha geht dann auf die Verpflegungsverhältnisse ein. Auf den einzelnen Schiffen bestand Selbstverpflegung. Bei dem Geld, das für die Verpflegung nutzbar gemacht werden konnte, bestand zwischen Offizieren und Mannschaften anfangs ein Unterschied von 1 Mark 15 Pfennig, der sich nach und nach auf 25 Pfennig vermindert hat. An Brot bekam die Mannschaft weiter

Aber das Doppelte dessen, was der Bürger in den Großstädten erhielt.

Vizeadmiral von Trotha kommt dann auf die Unbotmäßigkeiten der Hochseeflotte zu sprechen, wie sie sich im Sommer 1917 gezeigt haben: solche Unbotmäßigkeiten sind immer nur vornehmlich auf Schiffe, deren Besatzung in enge Verbindung mit dem politischen Streit der Zivilbevölkerung kam. Wie kam es vor auf Schiffen, die näher an den Feind herankamen. Darum haben wir an unsere Besatzung bis zuletzt geglaubt. Nach 1918 hat die Flotte unter den schwierigsten Verhältnissen einen Vorstoß bis zur norwegischen Küste gemacht; die Durchführung war geradezu ein Muster für treue Zusammenarbeit von Offizier und Mann. Einen ganz anderen Eindruck bekamen die Dinge aber mit dem Aufmarsch von der Besatzung des „Prinz Luitpold“. Es wurde uns dann bekannt die Anrede, die Köbes im Restaurant Tivoli an die Leute gehalten hat. Bei den ersten Feststellungen noch ehe die Unternehmung in feste Bahn kam, machte ein Matrose die Aussage, daß er am 23. Juli in demselben Lokal einer solchen Versammlung beiwohnte, die unter der Bezeichnung „Menschenkommission“ getauft war. Dort hätte ein Matrose „Friedrich dem Großen“ über die Friedensbedingungen gesprochen und ausgeführt, nach russischem Muster müßte jeder tun, was er zu tun hätte, um die Fesseln zu sprengen. (Hört! Hört! rechts.) Das ist der Aufruhr, wenn auch die Leute von sich aus gesprochen haben mögen. Aber jedenfalls stand hinter dieser Aufruhrversammlung die U. S. P. bildlich gesprochen.

Ich komme nun auf den Flottenvorstoß zu sprechen. Ich wurde Chef des Stabes, wenige Tage nachdem Admiral Scheer die Flotte übernommen hatte. Nicht lange nachher kam der Kaiser nach Wilhelmshaven und dort entwickelte ihm Admiral Scheer in einem Vortrag, wie er sich den Einsatz der Flotte dachte. Er wollte durch zunächst kleinere und dann immer weitergehende Vorstöße die Basis schaffen, später durch eine einheitliche große Unternehmung zu einem Vorstoß an die englische Flotte zu kommen. Die zweite Frage war, wie weit er dabei bei der so großen Ueberlegenheit der englischen Flotte gehen dürfe. Der Schluss des Vortrages war, daß der oberste Kriegsherr seine Zustimmung für die Methode des Vorwärtstretens gab und nur die Voraussetzung blieb, daß ein Kampf mit der englischen Hauptmacht der Flotte zunächst nur unter günstigen Bedingungen eingeleitet werden sollte, wenn womöglich durch vorherige Luftaufklärung festgestellt war, daß bei einem Vorstoß in den englischen Kanal die englische Flotte nicht unseren Schiffen den Rücken abdecken könnte. Das waren die Richtlinien, die im ganzen für die Flottenführung maßgebend waren. Die Front war im schwersten Ringen und auf ihrem rechten Flügel auf das äußerste gefährdet. Ich weiß nicht, wie ich anders disponieren sollte, als daß mein ganzes Streben darauf ginge, diesen rechten Flügel zu decken. (Sehr richtig.) So ist der Plan gefaßt worden mit einer starken Gruppe gegen die französische Küste und zu gleicher Zeit mit einer Transportflotte des Feindes aus den Fugen zu heben. Dabei mußte selbstverständlich die Hochseeflotte mit hinausgehen. Um nun die Sicherheit bis auf das höchste Maß zu bringen, war nicht nur vorzusehen, daß zwölf Luftschiffe gegen den Feind aufklärten, sondern daß auch sämtliche zur Verfügung stehenden U-Boote in mehreren Linien gegen die Anmarschwege des Feindes, die man ganz genau übersehen konnte, aufgebaut waren. Ferner hatten wir die schon starken Minensfelder, die dem Anmarsch des Feindes im Wege standen, noch weiter aufgefällt. Als letztes war geplant, sämtliche Torpedobootflotten in der Nacht gegen den anmarschierenden Feind zu werfen. Als wir uns über die Durchführung des Unternehmens einig waren, habe ich auch an den Chef des Stabes der Seekriegsleitung, den damaligen Admiral von Lersnow, die Frage gerichtet, ob die Regierung im Falle wäre und darauf zustimmende Antwort bekommen. (Bewegung links, Abg. Dittmann: „Die entscheidende Frage ist, ob die Regierung des Prinzen Max unterrichtet war.“) Das kann ich so genau nicht sagen, es könnte ja noch festgestellt werden. Im übrigen hatten wir als Richtlinien lediglich die allgemeine Verpflichtung, unsere Waffe anzuwenden so scharf, wie wir es im Dienste des Vaterlandes tun konnten und auf der anderen Seite nur die allgemeinen Direktiven: eine Entscheidungsschlacht nur annehmen unter günstigen Bedingungen.

Sachverständiger General Kuhl führte hierauf aus: Als wir die holländische Küste räumen mußten, verstärkte sich die Nachricht von einer bevorstehenden Landung der Engländer zunächst an der holländischen Küste, dann an der holländischen Küste immer mehr. Eine solche Landung hätte für unseren rechten Flügel geradezu katastrophal gewirkt, denn dann wären die Engländer der Besatzung von Prinz Rupprecht in den Rücken gekommen. Wenn hier ein Flottenvorstoß gemacht worden wäre, so wäre das für uns eine außerordentliche Veruhigung und Entlastung gewesen. Wenn auch die Flotte untergegangen wäre bei diesem Vorstoß, so hätte sie uns doch einen großen Dienst geleistet. Bei der Aussage des Zeugen von Trotha habe ich nur bedauert, daß unsere Leute in der holländischen Schlacht nicht die Verpflegung gehabt haben, wie die Mannschaften auf den Schiffen.

Sachverständiger Professor Delbrück erklärt sodann: Zur Erklärung der Frage, ob Prinz Max mit dem Flottenvorstoß einverstanden war, möchte ich noch folgendes betonen. Es kommt darauf an, ob, nachdem die militärische Leitung ausdrücklich un-

ter die politische Leitung gestellt war, Prinz Max ein solches beuerliches Unternehmen wie den Flottenvorstoß gegen England, das, wie es auch ausfiel, den ganzen diplomatischen Feldzug umwerfen mußte, ausdrücklich — auskündend gebilligt hat, und ob dieses Unternehmen durch die Zustimmung des verantwortlichen Reichskanzlers gedeckt worden ist oder nicht. Dafür aber, daß es gedeckt worden ist, ist nicht der geringste Beweis erbracht worden. Im übrigen aber kann ich nichts anderes sagen, als was ich schon in meinem Gutachten ausgeführt habe und was auch meiner Auffassung entspricht: Iheber die ganze Flotte in Grund geschoben, als daß sie sich so ergeben hat, wie das nachher geschah.

Sachverständiger Herr: Ich möchte ergänzend mitteilen, daß der damalige Vizekanzler v. Bamer in seinem Schreiben an mich noch hervorgehoben hat, daß im solcher Vorstoß geplant wurde und daß nach seiner Auffassung vor einem solchen Vorstoß die Waffenstillstandsverhandlungen hätten abgebrochen werden müssen und daß schließlich das Kabinett wahrscheinlich niemals einen solchen Vorstoß würde gestatten haben.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Eine neue Sitzung findet voraussichtlich in etwa 14 Tagen statt.

Deutschland.

Die politische Debatte im Reichstag

Berlin, 26. Jan. Nach einem Beschluß des Aeltestenrats des Reichstages soll die politische Debatte nur zwei Tage dauern, jedoch Donnerstagabend die Bestimmungen über die vorliegenden Anträge stattfinden können. Die Redezeit für jede Fraktion beträgt nur eineinhalb Stunden. Am nächsten Samstag, Montag und Dienstag finden keine Plenarsitzungen statt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Simons über Südtirol

Berlin, 26. Jan. Im Rahmen der Vorträge in der Verwaltungsakademie sprach der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons in seiner Vorlesung auch völkerrechtliche Fragen über das Recht der Minderheiten. Er kam auch auf die Südtiroler Frage zu sprechen und unterzog die rechtliche Lage einer streng wissenschaftlichen Untersuchung. Italien habe zwar keinen Minderheitenvertrag unterzeichnet, aber die italienische Regierung habe bei der Uebernahme Südtirols in feierlicher Form eine liberale Behandlung der neuen Untertanen deutscher Abstammung zugesichert. Auch der Völkerbund habe in seiner Tagung von 1922 eine allgemeine Resolution gleichen Inhalts, die sich in ihrer Anwendung unzweifelhaft auf Italien bezogen habe, gefaßt. Und tatsächlich habe dann auch die italienische Regierung bis zum Herbst 1923 diese liberale Politik in Südtirol innegehalten. Erst im Oktober 1923 habe durch die Erlasse des Präsidenten von Trient die neue Italienisierungspolitik eingeleitet. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons kam zu dem Schluß, daß unzweifelhaft in Mißachtung feierlicher Versprechungen durch Italien auch völkerrechtlich eine Verletzung geltenden Rechts gegeben sei.

Rechtsaussschuß und Fürstenabfindung

Berlin, 26. Jan. Im Rechtsaussschuß des Reichstages wurden die Beratungen über die Fürstenabfindung in den Ländern erledigt. Der Vorsitzende, Abg. Dr. Rahl, entwarf den Plan für die Generaldebatte dahin, daß zunächst das Spergegesetz besprochen werden soll. Würde dieses Gesetz im Ausschuß angenommen, dann müßte es vorweg ins Plenum gehen und dort ohne Aussprache über den gesamten Komplex der Abfindung schnell erledigt werden. Der Ausschuß beschäftigte sich dann zunächst mit dem Spergegesetz.

Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone

Berlin, 26. Jan. Die Nachricht, daß ein Teil der nördlichen Rheinlandzone auch nach dem 28. Februar besetzt bleiben soll, entspricht, wie die Blätter erfahren, nicht den Tatsachen. Nach der Note der Botschafterkonferenz vom 16. November soll bis zum 20. Februar die Räumung auf alle Fälle beendet sein.

Aus Baden.

Rundgebung für den Weiterbau des Neckarkanals

In Mosbach fand am Sonntag eine Rundgebung für den Weiterbau des Neckarkanals statt, zu der vor allem die Stadt- und Gemeindevorsteher im badischen, württembergischen und hessischen Neckartal erschienen waren. Die Versammlung sollte eine offene Aussprache sein zwischen Kreun-

den und Gegnern des Kanals, doch waren die Gegner, namentlich die Hauptwortführer Baurat Blum und Geh. Hofrat Prof. Dr. Thoma von Heidelberg mit Entschuldigung ferngeblieben, obwohl sie als Referenten vorgezogen waren. Namens des Neckar-Verkehrsverbandes begrüßte Bürgermeister Sailer-Wimpfen die Gäste. Strombauinspektor Konz setzte sich zunächst mit den Kanalgegnern in Heidelberg auseinander, die seit dem Besuch des Verkehrsvereins des Reichstages am Neckar eine sehr lebhafteste Agitation gegen den Kanal entfalten. Durch Verbesserung der Schifffahrt und durch gleichzeitige Ausnutzung drackliegender Wasserkräfte ist der Neckarkanal ein durchaus lukratives Unternehmen, das allerdings heute durch gesteigerte Autoöfen, höheren Zins, Verringerung der Kohlenpreise und Ertragsminderungen auf wärmetechnischem Gebiete etwas beeinträchtigt wird. Aber das Kanalprojekt auf eine bessere Zeit zurückstellen, heißt es aufgeben. Wir haben die Aufgabe, unsere Wirtschaft wieder hochzubringen und einen Anspruch auf die vorgezogenen 7,7 Millionen im Reichshaushalt, die ein Tausendstel im Gesamtetat sind. Geh. Hofrat Abg. Dr. Bruchmann-Heilbronn sprach als Vorsitzender des Südwestdeutschen Kanalvereins und behandelte das Problem nach dem großen Gesichtspunkte des Großschiffahrtsweges Rhein-Donau und darüber hinaus Nordsee-Schwarzes Meer. Wenn die Bayern „mit genagelten Stiefeln“ auftreten und den Main-Donaukanal verlangen, der durch wirtschaftlich nicht erschlossenes Gebiet führt, so hat unter dichtes Industriegebiet in Süddeutschland, das zu den treuesten Anhängern des Reiches gehört, das Recht zu verlangen, nicht schlechter behandelt zu werden. Nach weiterer Aussprache wurde zum Schluß einstimmig eine Entschädigung angenommen, die sich für unverzüglichem Weiterbau des Kanals ausspricht und die an den Verkehrsvereins des Reichstages und die einzelnen Fraktionen geschickt wird.

Karlsruhe, 26. Jan. (Die Rheinbrückenprojekte für Mainz und Speyer.) Der Abg. Rüdiger (Soz.) hat im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß sich die bayerische Regierung für die Durchführung des Rheinbrückenprojektes bei Speyer ausgesprochen habe und daß die vorbereitenden Bauarbeiten schon in nächster Zeit begonnen würden. In weiten Kreisen Mittelbadens, insbesondere in der Landeshauptstadt hat diese Nachricht starke Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet, daß dadurch der Bau einer festen Rheinbrücke bei Mainz unterbleibt. Sind der Regierung diese Verhältnisse bekannt und ist sie bereit, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben?“

Karlsruhe, 26. Jan. (Vom Wohnungsbau.) Nach einer Veröffentlichung des Stadtbaurats Dr. ing. Dommer sind in Karlsruhe im Jahre 1924 388 und im Jahre 1925 538 neue Wohnungen zu ein bis acht und mehr Zimmern fertiggestellt worden. Das Ergebnis für 1925 wäre noch um etwa 100 Wohnungen besser gewesen, wenn nicht der mehrmonatliche Streik im Baugewerbe dazwischen getreten wäre. Fast sämtliche Wohnungen sind unter Mitwirkung städtischer Baubehörden gebaut worden. In solchen Darlehen wurden im Jahre 1924 rund 2,2 und 1925 rund 3,7 Millionen bewilligt. Um die Mieten für diese Neubauten nicht zu hoch werden zu lassen, hat die Stadt seinerzeit beschlossen, für die nach dem 1. März 1925 begonnenen Bauten den Zinsfuß für die Darlehen von 3,5 auf 1,5 Prozent herabzusetzen.

Karlsruhe, 26. Jan. (Erdbeben.) Die Seismographen der Erdbebenwarte im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule registrierten Montag morgen gegen 2 Uhr ein Erdbeben in größerer Entfernung. Die Bewegungen der Apparate dauerten über zwei Stunden. Infolge der jetzt ziemlich heftig auftretenden mikroseismischen Bodenunruhe sind die Einflüsse der einzelnen Phasen nicht scharf erkennbar.

Forstheim, 26. Jan. (Tödlicher Unfall.) In Brödingen stürzte ein verheirateter Landwirt vom Heuboden in die Toreinfahrt und trug eine Gehirnerschütterung davon. Er wurde ins Krankenhaus gebracht und ist dort, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Philippsburg, 26. Jan. (Ergebnislose Bürgermeisterversammlung.) Auch der zweite Wahlgang zur heiligen Bürgermeisterversammlung ist resultatlos verlaufen.

Weinheim, 26. Jan. (Aus der Fremdenlegion zurückgekehrt.) Nach fünf unglücklich schweren Dienstjahren sind zwei abürtige Weinheimer in die Heimat zurückgekehrt.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Forstner.

22. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Waltraut winkle ihm stumm mit der Hand, und Eberhard verließ das Zimmer. Das Herz schlug ihr bis zum Hals hinauf. Hatte sie sich wirklich dem Wahn hingegeben, daß dieser Hauslehrer es verstände, mit dem Knaben umzugehen, und daß endlich Friede und Ruhe eingeleitet wäre? Bewies diese Attacke nicht das Gegenteil, und hatte er durch sein eigenmächtiges Vorgehen nicht den Frieden gelüßt? Sie mußte sich dergleichen für die Zukunft ernstlich verbitten, da hatte der Junge recht. Was sollte daraus werden? Sie kam aus den Aufregungen und dem Verger ja nicht mehr heraus, wenn er so verkehrte Maßnahmen traf. Dem mußte sie energisch entgegenreten; aber nicht leicht in ihrer Erregung. Mit Ruhe und Würde wollte sie ihn zurechtweisen, ihm ein für allemal bedeuten, daß er sich solche Uebergriffe nicht wieder erlauben dürfe und die Pferde sofort wieder zurückholen ließe.

Als sie sich beherrschte und zur Gelassenheit gezwungen, sich auch etwas beruhigt hatte, ließ sie durch den Diener Herrn Seeger zu sich bitten.

„Herr Seeger wird sogleich erscheinen,“ meldete der Diener, und wenige Minuten später trat er über die Schwelle.

„Gnädigste Gräfin befehlen?“

Unter seinem ruhig fragenden Blick verankert das Gedächtnis künstlich aufgerichteter Kälte und Ungehaltenslosigkeit. Sie wurde verlegen und fand den Anfang zu ihrer schon vorher zurechtgelegten Rede nicht mehr.

„Herr Seeger,“ begann sie endlich mit gewaltsamer Entschluß, „Sie sehen mich erregt — ich fürchte — Eberhard erzählte mir vorhin — ich kann es kaum glauben — Sie hätten ihm —“

„Die Reitpferde nach Stolzenau geschickt, das stimmt,“ half Seeger verbindlich nach, ohne eine Spur von Erregung oder Verlegenheit zu zeigen. „Eberhard ist den ganzen Tag auf dem Rücken seiner Pferde zu finden, und ich

mühte wirklich nicht, wie ich seiner sonst habhaft werden könnte, um meines Amtes zu walten und ihm den höchst notwendigen Unterricht zu erteilen.“

„Und — Sie meinen, ihn dadurch — zwingen — zu können?“

„Ich hoffe, ja!“

„Sie irren sich, Sie haben ihn nur gereizt und erbittert. Die Pferde sind seine größte Freude, und niemand ist berechtigt, sie ihm zu rauben,“ sagte Waltraut, sich jetzt zu hochmütiger Strenge aufstehend.

„Gewiß nicht,“ erwiderte Seeger gelassen. „Diese Ansicht teile ich vollkommen. Nur muß der zukünftige Majoratsbesitzer von Gerolstein lernen, sich auch einmal eine Freude zu versagen, um seiner Pflichten willen. Da er sie aber bis jetzt vernachlässigt und noch kein einziges Mal am Unterricht teilgenommen hat, so sah ich mich veranlaßt, zunächst das Haupthindernis zu beseitigen. Sobald er einwilligt, sich an eine geregelte Tageseinteilung zu gewöhnen, werden die Pferde wieder im Stall stehen.“

„Ich muß Sie aber dringend ersuchen, die Pferde schon heute wieder zurückholen zu lassen,“ sagte sie jetzt zitternd vor Erregung, aber mit aller Energie, deren sie fähig war.

„Ich behauere, dem nicht Folge leisten zu können,“ gab Seeger ruhig und gemessen, doch mit Bestimmtheit zur Antwort.

Aufs höchste betroffen, starrte Waltraut ihn an. So hatte noch kein Hauslehrer zu ihr zu sprechen gewagt. Aber ehe sie noch Worte fand, um ihren innersten Gefühlen Ausdruck zu verleihen, fuhr er höflich fort:

„Ich bitte Sie, mir zu verzeihen; aber ich darf es nicht dulden, daß meine Autorität untergraben wird — um Eberhards willen nicht, den zu erziehen ich hierher kam. Darum bitte ich gnädigste Gräfin auch, sich jetzt und in Zukunft jeder Einmischung in die Erziehung zu enthalten, mir nicht die Hände zu binden und mein verantwortungsvolles Amt unnötig erschweren zu wollen. Ich wäre sonst machtlos, wie meine Vorgänger es waren. Auch diese Verweigerung machen Eberhard und ich am besten unter vier Augen ab. Sie gestatten, daß ich mich empfehle, da ich den Unterricht mit Karl Heinz unterbrochen habe,“

Er verbeugte sich tief und ging, noch ehe Waltraut ein Wort der Erwiderung fand, hinaus.

Sie war wie zerstückelt und zunächst unfähig, diesen ganzen Austritt zu begreifen. War es denn möglich? Dieser Hauslehrer hatte es gewagt, sich ihrem Wunsch zu widersetzen, ja, ihr ihre Einmischung in die Erziehung ihrer eigenen Kinder zu verbieten? Ueberbot das nicht alles, was sie je erlebt hatte an allen den Hauslehrern? Und sie war in ihrer hilflosen Lage, in ihrem leidenden Zustande so verbittert davon gewesen, daß ihr die rechten Worte zu einer gebührenden Zurückweisung gefiehl hatten. Wie hatte sie ihre Schwäche und Krankheit bitterer empfunden. Sie fühlte sich gedemütigt, beleidigt. Sah dieser Mensch denn nicht, wie schwer leidend sie war — wenn er ihre Stellung und Herrinnenwürde schon nicht beachten wollte — daß er es wagte, sie so rücksichtslos zu erregen? Ein heißer Zorn stieg in ihr auf, und ihr Herz trampelte sich vor Aufregung zusammen. Doktor Falkner hatte ihr das Schicksal vor jeder Aufregung streng anempfohlen. Wie würde ihr diese Erregung schaden! Hilflos und veraggt brach sie in Tränen aus.

Da öffnete sich leise die Tür zum Nebenzimmer, und das Gesicht einer freundlichen Marlene in weißem Häubchen steckte sich durch die Spalte.

„Mein Himmel, Frau Gräfin, was ist denn geschehen? Sind Sie nicht wohl?“

Mit schnellen Schritten war die Alte am Lager ihrer jungen Herrin und nahm deren Kopf in ihre Arme.

„Sie dürfen doch nicht weinen, sich nicht aufregen! Was ist denn nur vorgefallen?“

„Barbe — Waltraut schluchzte noch einmal auf wie ein Kind, das weilt, daß es nun getropft wird — holt mir das Beruhigungspulver, bitte.“

„Gewiß — sogleich — aber —“

„Sei nur ruhig, es ist nichts weiter — ich — du weißt ja — jede auch noch so geringe Erregung schadet mir.“

„Wer durfte Sie aber so erregen — wer war so —“

(Fortsetzung folgt.)

nämlich Michael Apfel, der in einem Gefecht in Marokko am 22. Juli v. Js. durch einen Streifschuß am Kopf verlehrt werden war und Hans Pfäffter, beide von Beruf Fabrikarbeiter. In längerer Zeit ist bereits ein dritter Weinheimer, der Arbeiter Wilhelm Kieder zurückgekehrt; er war desertiert. Kieder hat sich vor kurzem infolge Familienzwistes durch einen Revolverbeschuß zu entleiben versucht. Er ist inzwischen aus dem Spital als geheilt entlassen worden.

Trübsal, 26. Jan. (Der Ausbau der Murgtalbahn.) Auf der Landesauschüttung des Badischen Verkehrsverbandes wurde einstimmig eine Entschließung des Verkehrsleiters Lacher angenommen, worin nachdrücklich die Dringlichkeit und Wichtigkeit des endlichen Ausbaues der Murgtalbahn auf dem hierin noch zurückgebliebenen württembergischen Hoheitsgebiete betont wird. Reich und Land mögen alsbald die Kosten dieses Ausbaues sicherstellen unter Befreiung der am Bau interessierten Gemeinden von Anliegerbeiträgen, nachdem das Reich durch den Staatsvertrag die Hauptlast übernommen und Baden seine Strecke fast vollständig ausgebaut hat. Die Entschließung weist darauf hin, daß hier zur Betätigung praktischer produktiver Erwerbsloshilfe Gelegenheit geboten wäre.

Donauerschlingen, 26. Jan. (Die Lage in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.) Über die Lage in der Schwarzwälder Uhrenindustrie nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsprüchers durch den Reichsarbeitsminister wird uns von zukünftiger Seite berichtet, daß in Furtwangen, Gütenbach und Willingen die Arbeit nahezu vollständig wieder aufgenommen worden ist. Dagegen ruht sie noch in den Orten Trübsal und Schwenningen. Soweit die Kündigung der Arbeitgeber bis zur Verbindlichkeitsklärung noch nicht in Kraft getreten war, ist sie seitens der Arbeitgeber sofort zurückgezogen worden. Die Arbeitsaufnahme in den bestreikten Betrieben dürfte im Laufe dieser oder Anfang nächster Woche erfolgen.

Kirchzarten, 26. Jan. (Doppelselbstmord.) Vor einigen Tagen stiegen in einem hiesigen Hotel ein 50 Jahre alter Herr und eine junge Dame ab. Als sie am Samstag nicht zum Essen kamen, hielt man Umschau nach ihnen und fand beide auf ihrem Zimmer erschossen auf. Der Herr stammt aus Berlin, die Dame aus Durlach.

Wengen bei Schaffstadt, 26. Jan. (Brand.) Am Montag mittag brach in dem Anwesen des Max Fahner Feuer aus. Das Dekorationsgebäude sowie das Wohngebäude brannten vollkommen nieder. Auch eine benachbarte Scheune fiel den Flammen zum Opfer.

Gerichtssaal.

Klage der Firma Himmelsbach

München, 25. Jan. Die Firma Himmelsbach in Freiburg i. B. hatte heute Vertreter der Presse aller Richtungen und die Fraktionen des Bayer. Landtags zu einer Besprechung in München geladen, um die Haltung der Firma zu den nach Beendigung des passiven Widerstandes in den Forsten des besetzten Gebietes durchgeführten Ergänzungsarbeiten (Coupes supplémentaires) und zu dem von den einzelnen Staatsforstverwaltungen verhängten Bopstmaßnahmen durch ihre Vertreter darlegen zu lassen. In der Besprechung wurde mitgeteilt, daß die Firma Himmelsbach heute beim Landgericht 1 Berlin Klage gegen das Reich und einzelne Staatsforstverwaltungen angestrengt habe. Die Klage richtet sich gegen das Auswärtige Amt wegen Verletzung des Londoner Abkommens, ferner gegen das Reichsministerium für Ernährung und für die Wirtschaft, sowie gegen die Staatsforstverwaltungen von Preußen, Bayern und Hessen auf Aufhebung des gegen die Firma verhängten Bopstes, auf Erlass weiterer Kampfmaßnahmen und Erlass des durch den Bopst der Firma erwachsenen Schadens. Der Schaden wird mit 1 Million Mark, der Streitwert mit 10 Millionen Mark bemessen, wobei seitens der Firma eine Erhöhung der Schadenersatzforderung bei Fortdauer der Bopstmaßnahmen vorbehalten wird. Eine weitere Schadenersatzklage gegen den Schriftleiter des „Holzmarkt“, Fernbach, steht vor der Entscheidung. Eine Klage auf Schadenersatz gegen Prof. Endres von „Holschneidblatt“ in München soll in den nächsten Tagen angestrengt werden. Die Klage gegen das Reich und die Staatsforstverwaltungen wird vor dem Landgericht 1 Berlin zum Austrag kommen. In der Besprechung wurde noch mitgeteilt, daß von den 17 Betrieben der Firma 9 bereits geschlossen werden mußten.

Der Prozeß gegen die Freiherren von Telfin

Tübingen, 25. Jan. Vor dem Schwurgericht hatten sich am Montag Freiherren Manfred von Telfin aus Hohenlohe bei Babinsgen a. G. und sein jüngerer Stiefbruder Kurt wegen Mordes bezw. Begünstigung zu verantworten. Die Angeklagten befanden sich im Anzug v. Js. mit ihrem Bruder Walter auf der Jagd im Schönbuch bei Babinsgen. Kurt diente dem Verstorbenen als Gemeinderat. Beim Vorgehen des Gewehres an den Freiherren Walter von Telfin entlud sich die Waffe und Walter von Telfin erlitt eine tödliche Verletzung. Gegen den 16jährigen Kurt von Telfin schwebte zunächst ein Verfabren auf fahrlässige Tötung, das aber bald wieder eingestellt wurde. Die Beziehungen des Manfred zu der Witwe des Verunglückten erregten Aufsehen. Ein Schwager legte ihm nahe, das Schloß zu verlassen. Manfred behauptete im Streite, er habe seinen Bruder erschossen, Kurt habe die Schuld auf Vereinbarung übernommen. Daraufhin wurde die Anklage wegen Mordes bezw. Begünstigung erhoben. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht wurde festgestellt, daß sich die 3 Brüder im Fuhrwerk gemeinsam zur Jagd begaben. Am Waldrand wurde Halt gemacht und das Fuhrwerk blieb zurück. Der Getötete hatte schon wiederholt geschossen und nicht getroffen. Er war deswegen sehr aufgeregt. Guter gab der jüngste Bruder Kurt dem ältesten Bruder das Gewehr vor. Während des Vorgehens entlud sich die Waffe und traf den Freiherren Walter von Telfin. Vor Schreck liefen nun die beiden Brüder zum Fuhrwerk zurück, um Hilfe zu holen. Der Kutscher fuhr sofort zum Arzt, der indessen nur noch den Tod feststellen konnte. Die Kugel hatte die Hauptschlagader verletzt. Die beiden Angeklagten leugneten den vorsätzlichen Mord. Im Laufe der Vernehmung erklärte Frhr. Manfred von Telfin auf die Frage nach seinen Beziehungen zu der Frau des Getöteten, dieselben, solange sein Bruder lebte, freundschaftlicher Natur gewesen. Erst nach dem Tode seines Bruders seien sie intimer geworden. Der Angeklagte räumte ein, daß er seine Schwägerin geschlagen habe, sie hätten sich aber wieder versöhnt. Den Mord habe er ursprünglich nur zusammengeräumt, um den Bestreunungen von Familienangehörigen, ihn aus dem Hause der Schwägerin zu entfernen, entgegenzutreten. Der Angeklagte Kurt Frhr. von Telfin sagte aus, daß er als Gewehrhalter des Verstorbenen den Mord verübt habe. Dabei sei der Schuß losgegangen. Das Unschick habe ihn völlig verwirrt. Mit seinem verstorbenen Bruder sei er stets sehr gut gestanden. Die Schwester der Frau des Verstorbenen gab an, daß ihr an den Bestrebungen des Angeklagten zu ihrer Schwester zu Lebzeiten ihres Mannes nichts aufgefallen sei. Auf Befragen des Staatsanwalts bestätigte sie,

daß der Angeklagte Manfred es nicht zulassen wollte, daß über den Tode gesprochen würde. Die Schwerkündigen gaben zu, daß der Vorgang so gewesen sein könne, wie er von den Angeklagten dargestellt wurde. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten Manfred von Telfin wegen Mordes oder Totschlags entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestrafen, da es sich nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob die Tötung mit Überlegung oder nicht ausgeführt worden sei. Bei Kurt von Telfin stellte der Staatsanwalt die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts. Um 6 Uhr wurde das Urteil verkündet. Beide Angeklagten wurden freigesprochen, gegenüber Manfred seien noch dringende Verdachtsgründe vorhanden.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 27. Jan. (Regler-Verband Durlach.) Zu der am vergangenen Sonntag, den 24. ds. Mts., vorm. 11 Uhr, in der Festhalle hier stattgefundenen Einweihung der neuerbauten 4 Asphaltbahnen nebst neuem Reglerherm hatte sich eine stattliche Anzahl Regler und Interessenten eingefunden. U. a. ist auch Herr Oberbürgermeister Joeller erschienen, sowie einige Vertreter des Reglerverbandes Karlsruhe nebst Pressevertreter, während von dem Vorsitzenden des Südd. Reglerverbandes ein Glückwunschtelegramm eingegangen war. Nach erfolgter Begrüßungsansprache durch den hiesigen Verb.-Vorstand Herrn Schenkel, wobei derselbe u. a. kernige Worte an die Anwesenden über Zweck und Ziele unserer Sache richtete, sowie zum Zusammenhalt und Treue ermahnte, ergriß Herr Oberbürgermeister Joeller das Wort. Derselbe brachte dem R.-V. Durlach zu seinem frohen Ereignis herzliche Glückwünsche dar und gab seiner Freude, sowie Verwunderung Ausdruck, daß sich der hiesige Verband in so kurzer Zeit zu solcher beachtenswerten Höhe emporgeschwungen, wie auch in den Besitz solch wunderbarer Regelanlage gebracht habe. Alsdann übermittelte der Vorsitzende des R.-V. Karlsruhe, Herr Rieger, herzliche Glückwünsche seiner Karlsruher Reglerbrüder, hierbei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die alten guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Verbänden Karlsruhe und Durlach auch weiterhin recht angenehm sein möchten. Schließlich machte der Geschäftsführer des hiesigen Verbandes, Herr Schmitt, eingehende Ausführungen über den Best und die Vorzüge der neuen nunmehr ganz einwandfreien Bahnen, sowie des Materials, wandle sich insbesondere an die dem Verbande noch fernstehenden Klubs und Einzelregler mit der Bitte um ihren Beitritt und ermahnte alsdann zur Treue und Einigkeit, um hiernach auf unseren eblen Reglerport ein kräftiges „Gut Holz“ auszubringen, in welches alles kräftig einstimme. Herr Schenkel übergab sodann dem Verb.-Sportwart die Bahnen mit der Bitte, für deren beste Instandhaltung besorgt zu sein. Nachdem nun die üblichen Ehrenkugeln abgeworfen waren, wurde mit der Durchführung des festgelegten Sport-Programms begonnen. Das hierbei gezeigte Interesse war ein sehr großes, indem alle vier Bahnen den ganzen Tag über bis 11 Uhr abends vollaus besetzt waren und im ganzen ca. 7000 Kugeln auf den Bahnen rollten. Der Verlauf der ganzen Veranstaltung kann daher als sehr gut bezeichnet werden und kann der R.-V. Durlach auf den hierbei erhabten Erfolg und das in hiesiger Stadt vorhandene große Interesse an unserer Sache wirklich stolz sein. Falls nun Klubs oder Einzelregler geneigt sind, dem Verbande beizutreten, um an der Ausübung unseres Sportes teilzunehmen, bitten wir, sich an die Geschäftsstelle des Verbandes, Gröbingerstr. 23 II., zu wenden. Endlich wollen wir nicht vergessen, allen denen, welche zum guten Gelingen unserer Sache beigetragen haben, insbesondere dem Asphaltreder der Bahnen, Herrn Judel-Helber, den Herren Schreinermeister Eichelmann und Rieger, sowie Gipsmeister Widmann für die ausgeführten Stuhlarbeiten und Reglerbrüder Tränkle für seine techn. Arbeiten unsere volle Anerkennung und herzlichen Dank abzusprechen. — Indessen dem R.-V. Durlach ein weiteres gutes Gelingen unserer Sache. „Gut Holz!“ Schm.

Durlach, 26. Jan. (Vortrag.) Wer über das geheimnisvolle und vielumstrittene Gebiet des Spiritismus Aufklärung wünscht, dem kann der Vortrag des Hauptlehrers a. D. Rasper (siehe Annonce) empfohlen werden. Damit, daß man meint, diese dunkle Sache kurzweg als „Schwindel“ abtun zu können, ist nichts erreicht, kein Beweis erbracht. Ernstliche Forscher und hochwissenschaftlich gebildete Männer streiten um die merkwürdigen Phänomene und ihre letzte Entstehungsurache. Wird es wohl noch gelingen, auch in diese geheimnisvolle Sache etwas mehr Licht zu bringen? „Der Geist erforscht alle Dinge!“

Durlach, 27. Jan. Auf die heute abend 8 Uhr in der Blume von der R. S. D. A. P. Durlach einberufene öffentliche Volksversammlung sei auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht.

Durlach, 26. Jan. In der heutigen Sitzung des Bezirksrats Karlsruhe wurde das vorliegende Gesuch des früheren Wirts Karl Schlotter (zum „König von Württemberg“ in Karlsruhe) um Erteilung der Wirtschaftskonzession für die Schankwirtschaft zur „Stadt Durlach“ in Durlach abgelehnt, da das Kollegium ein Bedürfnis für Wiedereröffnung dieser seit einigen Jahren für das Wirtsgewerbe geschlossenen Lokalitäten absolut nicht einsehen konnte. Auch der Stadtrat Durlach hatte die Bedürfnisfrage verneint mangels eines Bedürfnisses. Des weitern erhob der Wirtverein Durlach und Umgebung aus gleichem Anlaß energischen Protest. Diese einstimmigen Kundgebungen hatten den Erfolg der Ablehnung des Konzessionsgesuches.

Durlach, 26. Jan. Heute abend 6 Uhr sprang der 22 Jahre alte, ledige Hilfsarbeiter Karl Kumm, wohnhaft in Grötzingen, an der Endhaltestelle in der Schillerstr. zu früh von der Gleitschienen ab, kam zu Fall und geriet unter den Wagen, wobei ihm der linke Fuß vollständig abgedrückt wurde. Kumm wurde mittelst des Krankentragens der freiwilligen Sanitätskolonne hier in das städtische Krankenhaus verbracht; sein Zustand ist ernst.

Die Erwerbslosigkeit in Baden. Die ungünstige Entwicklung der Arbeitsmarktlage ist auch in der Zeit vom 1.—20. Januar noch nicht zum Stillstand gekommen. Fast alle Berufsgruppen sind mehr oder weniger stark von der Krise erfaßt. Besonders stark wirkte sie sich auf dem Arbeitsmarkt der Metall- und Maschinenindustrie, der Tabakfabrikation, des Holz- und Schnitzstoffgewerbes und der Schulfabrikation aus. Die Arbeitslosenstandsziffer ist von 80 982 am 13. Januar auf 88 991 am 20. Januar gestiegen. Parallel steigt auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von insgesamt 65 116 am 13. Januar auf 73 237 am 20. Januar.

Falsche 10-Rentenmarktscheine auch in Baden. Wie in der Provinz Hannover, so ist neuerdings in Baden ein falscher 10-Rentenmarktschein aufgetaucht. Diese Scheine erkennen man an folgenden Merkmalen: Gewöhnliches, minderwertiges Papier, die Fasern fehlen, Wasserzeichen unvollkommen nachgemacht. Die Beschriftung weicht von der der echten Scheine erheblich ab, im Text fallen besonders die Zahlen „5“ und „500“ durch ihr dünnes Aussehen auf. Das

Wort „Verlangen“ ist mit einem kleinen „v“ wiedergegeben und beim Wort „Rentenbriefe“ fehlt am Ende das „e“. Im Straßfuß fehlt in der letzten Zeile an dem Worte „nicht“ das „t“.

Sendefolge des Südd. Rundfunks N. G.

Mittwoch, den 27. Januar: 8—9 Uhr: Abendkinder; 9—10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; 10—11 Uhr: Nachmittagskonzert und Neues aus aller Welt; 11—12 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; Nachrichten- und Sportdienst der Württ. und Bad. Landwirtschaftskammer; 12—13 Uhr: Englischer Sprachunterricht; 13—14 Uhr: Vortrag 1. „Hauswirtschaftliche Elektrik für die Hausfrau“, 2. „Einfache Stromkostenberechnung für Kleinrentner und Hauskaltapparate“; 14—15 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; 15—16 Uhr: Die schönsten Lustspiele der Weltliteratur, anschließend „Der Frieden“, anschließend „Lustspiel“; 16—17 Uhr: Letzte Nachrichten.

Donnerstag, den 28. Januar: 4—5 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; 5—6 Uhr: Nachmittagskonzert und Neues aus aller Welt; 6—7 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; Nachrichten- und Sportdienst der Württ. und Bad. Landwirtschaftskammer; 7—8 Uhr: Vortrag „Die Gaumenmandeln und die Nasenmandeln“; 8—9 Uhr: Vortrag „Das Mannheimer Nationaltheater“; 9—10 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; 10—11 Uhr: „Neue aus der Welt“, 16. Station London; 11—12 Uhr: Neues aus der süddeutschen Heimat, Göttinger Abend; 12 Uhr: Letzte Nachrichten.

Freitag, den 29. Januar: 4—5 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; 5—6 Uhr: Nachmittagskonzert und Neues aus aller Welt; 6—7 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; Nachrichten- und Sportdienst der Württ. und Bad. Landwirtschaftskammer; 7—8 Uhr: Vortrag „Die Anrede als Titel der Kultur- und Geistesgeschichte“; 8—9 Uhr: Vortrag „Die Kunst als künstlerischer Ausdruck“; 9—10 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; 10—11 Uhr: Sinfoniekonzert, anschließend Unterhaltungskonzert; 11 Uhr: Letzte Nachrichten.

Samstag, den 30. Januar: 2—3 Uhr: Schallplattenkonzert; 3—4 Uhr: 8. Stelle von Strampelbach erzählt; 4—5 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; 5—6 Uhr: Tanzmusik; 6—7 Uhr: Zeitungs- und Wetterbericht; Wirtschaftsnachrichten; 7—8 Uhr: Vortrag „Romantische Kunst und Geistesgeschichte“; 8—9 Uhr: Vortrag „Die Kunst als künstlerischer Ausdruck“; 9—10 Uhr: Vortrag „Die Kunst als künstlerischer Ausdruck“; 10—11 Uhr: Sinfoniekonzert, anschließend Unterhaltungskonzert; 11 Uhr: Letzte Nachrichten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ministerialdirektor Kiep bleibt in seinem Amt. Die Nachricht, daß Reichspräsident, Ministerialdirektor Kiep nach Budapest als Gesandter gehen soll, entbehrt jeder Grundlage. Ministerialdirektor Kiep ist vom Urlaub zurück und übernimmt wieder seine Dienstgeschäfte.

Italienisierung Südtiroler Stationsnamen. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, ist durch ein Dekret die deutsche Benennung der Eisenbahnstationen in Südtirol verboten und die sofortige Entfernung der deutschen Namensstafeln angeordnet worden. Das Ausrufen von deutschen Stationsnamen hat zu unterbleiben. Bisher waren auf den Stationsgebäuden und auch in den Fahrplänen die deutschen Stationsbezeichnungen zum Teil noch vorhanden.

Ausschluss eines italienischen Professors. Der Obergerichtspräsident Romano veröffentlicht ein Dekret der Inquisitionskongregation, wodurch der Professor der Kirchengeschichte an der Universität Rom, Ernesto Bonaiuti, exkommuniziert und allen Gläubigen geboten wird, ihn zu meiden.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Guatemala und Nicaragua. Aus Guatemala wird gemeldet, daß die Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua wegen der Wahl Chamorros zum Präsidenten von Nicaragua abgebrochen habe. Guatemala betrachte diese Wahl als einen Vorstoß gegen die bestehenden Verträge.

Erhöhung der Postgebühren in Frankreich. Die Postgebühren mit dem Ausland werden vom 1. Februar ab erhöht. Ein Brief nach dem Ausland wird dann 1,25, eine Postkarte 0,75 Frs. kosten.

Französisches Verlangen in der Frankensälungsangelegenheit. Ministerpräsident Briand hat, wie Savas mitteilt, dem französischen Gesandten in Budapest Beschlüsse erteilt, bei der ungarischen Regierung darauf zu bestehen, daß die Anwesenheit französischer Vertreter beim Verhör der Angeklagten in der Frankensälungsangelegenheit gestattet wird.

Kürzung des amerikanischen Marinbudgets. Der vom Repräsentantenhaus angenommene Marinhaushalt sieht außer der Abtretung von 9 Millionen Dollar für den Bau weiterer Flugzeuge die Herabsetzung des Personalbestandes der amerikanischen Marine um 4000 Mann und die Streichung der Ausgaben für die Marinluftschiffstation LaScurry vor.

Buntes Allerlei.

Feuersbrunst in einem schlesischen Dorf. Wie man aus Breslau meldet, wütete in dem schlesischen Dorf Sennersdorf auf dem rechten Gut des Gemeindevorstehers Grundmann eine gewaltige Feuersbrunst. Es wurden ungefähr 1000 Zentner Getreide und Stroh verbrannt.

Gattenmord. Der 72 Jahre alte Rentner Joseph Kugler wurde in seiner Wohnung in Stein bei Chemnitz mit durchschnittener Kehle aufgefunden. Unter dem Verdacht, den Mord begangen zu haben, wurde seine 35 Jahre alte Ehefrau verhaftet.

Wiederstrahl auf einem Rittergut. Auf dem Gute Gramast in der Obermark fand der Gutspächter Wöbeler den Sohn des Gutsbesitzers Schönemann aus Groß-Lüben und seine eigene beiden Töchter, die 15 und 18 Jahre alt sind, erschossen auf Schönemann war mit der älteren Tochter verlobt. Allen Anschein nach hat er die beiden Mädchen und sich selbst erschossen. Drei Kinder ertrunken. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ aus Ratingen melden, fielen fünf Kinder im Alter von 5—7 Jahren in einem Steinbruch auf, in dem sich Wasser befand. Als die Kinder die dünne Eisschicht auf dem Wasser betraten, brachen sie ein. Zwei von ihnen wurden in schweren Zuständen aus dem Wasser gezogen, während die drei übrigen nur als Leichen geborgen werden konnten.

4 Personen ertrunken. Wie die „Lobitzer Kreiszeitung“ berichtet, hatten sich am Sonntag nachmittags 4 Töchter und der einzige Sohn des Kaufmanns Widupski aus Karlsruhe mit einem Schlittenfuhrwerk über das Eis des Remonies-Flusses zum Besuche nach Gilae begeben. Bei der spät nachts unternommenen Rückfahrt geriet das Fuhrwerk in eine offene Stelle des Flusses und versank. Von den Insassen konnte nur eine Tochter gerettet werden.

Das britische Militärgericht in Wiesbaden ist jetzt zum erstenmal in Tätigkeit getreten. Es verurteilte zwei Gastwirte, die entgegen dem strengsten Verbot, an Mannschaften und Unteroffiziere keine alkoholischen Getränke mit mehr als 10 Prozent Alkohol zu verabreichen, an britische Soldaten Konak und Kirchwasser verkauft hatten, zu je 30 Mark Geldstrafe. Die beiden Keller erhielten einen Verweis.

Die Wunderrunde des 50. Württembergers. Ein lustiges Stücklein erzielte sich dieser Tage in einem Dorf bei Donauwörth. In einem Kaffeehaus war dort in einem Hause die hochfeinstgütige Kaffeebohne benutzt worden die sonst das ganze Jahr über ein beständliches Defizit führt. Am Abend nun wollte der Hausbesitzer Kaffee trinken und keine gebrannte Kaffeebohne, eben die große Kaffeebohne, revidieren. Aber o Schreck, der geschulte 50-Württemberger fand sich nicht mehr darin. Nun wurde die Saugmaschine durchwühlt, in welche die Bohne aus der Kanne entleert worden waren, doch ohne Erfolg. Schließlich gelang der Anecht, daß er schon der Sau aus der Stange Futter gebracht habe. Im Laufschrift ging es in den Stall, wo der Trog eifrig durchwühlt und zur größten Freude des Resters das nichtgebrannte Papier gerade noch bei der Säubern des Vorsteuertisches gerettet werden konnte.

Deutsch-französische Eishockey-Spiele. Am Dienstag fand zum ersten Male seit 1914 ein großes Eishockey-Turnier zwischen einer irischen und einer deutschen Mannschaft statt und am Sonntag wurde die Berliner Schiffschiffahrt und der Eishockey-Club von Chemnitz zusammen. Trotzdem ein wenig Regen fiel, gehörte die Partie von Anfang an zu den spannendsten Spielen. Die Deutschen wurden mit 3:1 Sieger. Den Berlinern wurde ein Becher überreicht, in dem folgende Aufschrift einraviert ist: Eishockey. Wiederaufnahme der seit 1914 eingestellten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

44-Stundenwoche für die australischen Seefleute. Die gesetzgebende Versammlung von Neuseeland nahm in dritter Lesung mit 45 gegen 33 Stimmen eine Gesetzesvorlage an, die die 44-Stundenwoche für die Seefleute vorschreibt.

Drei Divisionskommandeure Hesse im Reichswehr. Dem Reichswehr gehören zurzeit 3 Generale mit Namen Hesse an. Der Letzte, Generalleutnant Ernst Hesse, ist seit 1. Jan. 1925 Kommandeur der 5. (Südwestdeutschen) Division in Stuttgart und Befehlshaber im Wehrkreis 5. Sein Bruder, Paul Hesse, ebenfalls Generalleutnant, ist Kommandeur der 3. Kavalleriedivision in Weimar, zu der auch das Reiterregiment 18 in Cannstatt und Ludwigsburg gehört. Ein Vetter dieser beiden ist der auf 1. Februar zum Kommandeur der 3. Division, Berlin und Befehlshaber im Wehrkreis 3 (Brandenburg und Schlesien) ernannte Generalmajor Otto Hesse.

Neueste Nachrichten.

Diplomatischer Empfang beim Reichspräsidenten.

T.U. Berlin, 26. Jan. Wie die Telegraphen-Union erfährt, fand am Dienstag abend beim Reichspräsidenten zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die vier anwesenden fremden Missionschefs, der Reichschancellor, der Reichsaußenminister und der Reichspräsident mit ihren Damen teilnahmen.

Misstrauensvotum der Deutschnationalen gegen die Reichsregierung.

T.U. Berlin, 26. Jan. Nach fünfstündiger Sitzung beschloß am Dienstag die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei morgen ein Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung einzubringen.

Der Tiroler Landtag für Intervention in Rom.

T.U. Berlin, 27. Jan. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Innsbruck: Eine Obmännerkonferenz des Tiroler Landtages beschloß, das Wiener Auswärtige Amt durch den Landeshauptmann zur Intervention in Rom wegen der italienischen Dekrete über Südtirol zu veranlassen.

Beifugung Merciers auf Staatskosten.

T.U. Brüssel, 26. Jan. Die Kammer hat nach vorangegangener Debatte und einer Intervention des Außenministers Vandervelde die Kredite zur Beifugung des Kardinals Mercier auf Staatskosten mit 85 gegen 2 Stimmen bewilligt. Der Beschluß der Kammer wurde auch vom Senat mit dem gleichen Abstimmungsresultat angenommen.

Ein italienischer Dampfer untergegangen.

T.U. Paris, 26. Jan. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der italienische Dampfer „Prinzessin Yolanda“ im Schwarzen Meer untergegangen ist. Das Schicksal der Passagiere und der Besatzung ist unbekannt.

Russisch-chinesische Entspannung.

T.U. Moskau, 26. Jan. Aus Peking wird gemeldet, daß die russische Gesandtschaft in Peking dem chinesischen Außenministerium mitgeteilt habe, daß nach der Beilegung des Konfliktes die russischen Truppen von der chinesischen Grenze zurückgezogen werden würden.

Telephonstreik in Warschau.

T.U. Warschau, 26. Jan. Am Dienstag sind die Telephonistinnen wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Der Kern des Unfalls bei der Kleidung ist die Proklamierung irgend einer Idealform als Norm. Die Einheitlichkeit muß fallen. Sie trägt die Schuld, daß Millionen Frauen in einer Kleidform einherwandeln, die sie dem Reize der Schönheit aussetzt. Der einzige Weg, mit dem Kleide dem Leben nahekommen, ist die Erfassung gewisser grundlegender Typen der Frauengestalt und Einstellung des Kleidentwurfs auf das wesentliche dieser Typen. Klasse, Lebensstadium und Beruf müssen berücksichtigt werden. Durch solche Schulung geht der langsame Weg zum Eigenkleid, das als Endziel alles Strebens, aller Reform beizubehalten ist. So schreibt E. Lüthmann im Februarheft der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“, das neben Aufsätzen von Rechtsanwältin Marie Munk über die elterliche Gewalt der Mutter, einer Studie über Paula Modersohn-Becker, dem literarischen Brief einer Mutter an ihren Sohn, einem Aufsatz über die slowakisch-mährische Hemdtucht von Hans Mülher usw. in vielen Abbildungen wertvolle Anregungen für die Kleidung älterer Damen, jüngerer Frauen, Mädchen und Kinder bringt. Der Verlag G. Braun, Karlsruhe, versendet Probenummern kostenlos. Jährlich 12 Hefte. Preis einzeln Mk. 1.20, im Abonnement Mk. 1.—

Rutmaßliches Wetter für Donnerstag.

Die Depression im Norden macht sich immer mehr geltend. Unter ihrem Einfluß ist für Donnerstag vielfach bedecktes, auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Handhabung der Straßenpolizei.

Es hat sich in letzter Zeit immer mehr die Unruhe herausgebildet, daß insbesondere jüngere Leute auf der Hauptstraße und an sonstigen Straßenenden in kleineren und größeren Gruppen beieinanderstehen und dadurch den Vorübergehenden den Weg verstopfen.

Es wurde darauf aufmerksam, daß es nach § 2 der Straßenpolizeiverordnung der Stadt Durlach verboten ist, auf den Straßen und Plätzen der Stadt in Gruppen sich aufzuhalten, zusammenzutreten oder anzuhalten.

Es muß weiter festgestellt werden, daß verschiedene Führerscheinbesitzer die Gewohnheit haben, ihre Wagen ohne ortspolizeiliche Erlaubnis über Nacht auf den Straßen stehen zu lassen. Ein derartiger Zustand kann auf die Dauer nicht geduldet werden, zumal hierdurch die Verkehrssicherheit sehr beeinträchtigt ist. Zuwiderhandelnde haben in Zukunft ebenfalls Bestrafung zu erwarten.

Durlach, den 25. Januar 1926.
Der Oberbürgermeister.

Notstandsmaßnahmen für ausgesetzte Erwerbslose.

Es ist uns aus Reichsmitteln eine einmalige Zuschußunterstützung für ausgesetzte Erwerbslose und Anwerbelleute, die bei ihrer Entlassung keinen Anstoß auf Erwerbslosenunterstützung geltend machen konnten, überwiesen worden.

Die für eine solche Unterstützung in Betracht kommenden Personen, die nur teilweise dem unterzeichneten Amt bekannt sind, werden hiermit aufgefordert, sich am Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. ds. Mts., jeweils vormittags von 9—12 Uhr beim unterzeichneten Amt — Rathaus Zimmer Nr. 13 — zu melden.

Die Gesuchsteller haben hierbei eine Bescheinigung des Arbeitsamtes vorzulegen, aus der hervorgeht, von wann bis wann sie Erwerbslosenunterstützung bezogen haben oder (bei Angestellten) aus welchem Grunde sie zur Erwerbslosenunterstützung nicht zugelassen worden sind. Für Arbeiter, die deshalb keine Erwerbslosenunterstützung erhalten, weil sie den § 4 des Erwerbslosenunterstützungsgesetzes nicht erfüllen, d. h. für das letzte Jahr nicht den Nachweis einer dreimonatigen versicherungspflichtigen Beschäftigung erbringen können, kommt eine Unterstützung aus diesen Mitteln nicht in Betracht. Gesuche, die nach Ablauf obiger Frist eingehen, haben keine Aussicht auf Berücksichtigung.

Durlach, den 26. Januar 1926.
Städt. Fürsorgeamt.

Arbeits-Vergabung.

Zur Erstellung von 2 dreiflügeligen Wohnhäusern an der Killesfeldstraße sollen die nachstehenden Arbeiten vergeben werden:

1. Steinhauserarbeiten (Kunststein).
2. Trägerlieferung.
3. Zimmerarbeiten.

Angebote hierauf sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Freitag, den 5. Februar 1926, vormittags 10 Uhr,

auf unserem Büro abzugeben, wofür die Bedingungen und Bedingungen zur Einsicht aufzuheben und Angebotsformulare miengetlich erhältlich sind.

Durlach, den 26. Januar 1926.
Städt. Bauamt.

Farrenversteigerung.

Die Gemeinde Stubberich verfügt am Donnerstag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, einen ca. 20 Stk. schweren Rindsfarren.

Zusammenkunft beim Farrenstall daselbst.
Der Gemeinderat.

Ein junges fettes Mastkuhfleisch

das Pfund zu 80 s empfiehlt

Hermann Bull, Metzgerei, Adlerstr. 2.

Homöopathie „Durlachia“ Allopathie
(Name pat. gesch.)
Wohlschmeckende Lebertran-Emulsion für Kinder
Pepsinwein, Baldrianwein, Eisenwein, Kindernährmittel, Verbandstoffe jeder Art.
Einhorn-Apotheke Hermann Gartzten.
Tierarzneimittel Durlach, Marktplatz. Mineralwasser

Städtische Sparkasse Durlach.
— Mündelsichere öffentliche Bankanstalt. —
Reichsbank-Giro-Konto Karlsruhe, Postscheckkonto 1216 Karlsruhe.
Annahme von Spareinlagen bei bestmöglicher Verzinsung. — Giro-, Scheck- und Konto-Korrentverkehr. — Reisekreditbriefe. — Darlehens- u. Kreditgewährung gegen Sicherheitsleistung auf Hypothek, Bürgschaft u. Unterpfand. — Ankauf von Wechseln, An- und Verkauf, sowie Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren aller Art. — Besorgung von Divisiven. — Auslieferung aller bankmäßigen Geschäfte bei kulanter Bedienung.
Kassenstunden:
vorm. 8—1/2 Uhr, nachm. 1/3—1/6 Uhr
Samstag 8—1 Uhr.
Die Geschäftsleitung.

Freihändiger Stammholzverkauf.
Die Gemeinde Langenreinbach verkauft freihändig im Wege öffentlichen Angebots aus dem Gemeindefeld folgendes Stammholz:
Los 1 Tannen und Fichten 2 Stück IV, 13 V, 65 VI Klasse zusammen 12,72 fm
Los 2 Tannen und Fichten 2 Stück IV, 17 V, 41 VI Klasse zusammen 10,68 fm
Los 3 Tannen und Fichten 2 III, 6 IV, 10 V, 42 VI Klasse zusammen 13,96 fm
Los 4 Tannen und Fichten 12 V, 21 VI Klasse zusammen 6,82 fm
Los 5 Tannen und Fichten 1 III, 7 IV, 26 V, 63 VI Klasse zusammen 20,34 fm
Los 6 Tannen und Fichten 1 III, 10 IV, 8 V, 53 VI Klasse zusammen 15,96 fm
Los 7 Fichten 1 III, 4 V, 14 VI KL auf. 8,72 fm
Los 8 Fichten 1 IV, 21 V, 27 VI KL auf. 11,63 fm
Los 9 Fichten 2 IV, 32 V, 24 VI KL auf. 13,58 fm
Los 10 Fichten 2 IV, 27 V, 61 VI KL auf. 18,64 fm
Los 11 Fichten 5 IV, 33 V, 51 VI KL auf. 26,06 fm
Los 12 Fichten 2 IV, 39 V, 62 VI KL auf. 22,86 fm
Los 13 Fichten 1 III, 8 V, 37 VI KL auf. 9,66 fm
Los 14 Fichten 1 III, 7 IV, 29 V, 60 VI KL und Lärchen 2 V, 12 VI Klasse zusammen 25,46 fm
Angebote sind bis Montag, den 1. Februar ds. J., nachmittags 4 Uhr beim Gemeinderat hier einzureichen.
Langenreinbach, den 26. Januar 1926.
Gemeinderat.

Stangenkäse Leber- u. Griebenwürste E. Fischer Feinkost.
Der große Erfolg den unser Bruder Heinrichs Blut- und Nervennahrung erzielt, hat seine Ursache in der allseitigen Zusammenlegung aller zum Blut- und Nervensystem notwendigen Bestandteile. In allen Apotheken u. Drogerien. Bestimmt in der Ehemaligen Hauptstraße.

Freihändiger Mädchen
Für 2 Mädchen vom Lande 15 und 18 Jahre wird Stelle gesucht in Privathaus. Angebote unter Nr. 39 an den Verlag.
Verloren von Aue bis Durlach elektrisches Halteblei schwarz. Abzugeben geg. Belohnung. Aue, Bergstr. 22.
Am Sonntag auf dem Weg zum Tarnberg brauner Kinderpelz verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben. Grödingenstr. 20.
Ein bereits noch neues Kokoko-Bosum zu verkaufen. Durlach-Aue, Hauptstr. 14 III. r.

Sauptlehrer a. D. Kasber wird am Mittwoch, den 27. ds. Mts., abends 8 Uhr, einen Vortrag über „Spiritismus“ halten (siehe Artikel!)
Lokal: Schloßkaserne (Mädchenbürgerschule) 2. Stock, Zimmer Nr. 3.

Kranken-Unterstützungsverein Durlach (gegr. 1866).
Wir bitten unsere geehrten Mitglieder, hieron Kenntnis nehmen zu wollen, daß die Ausstellung von Krankenscheinen nunmehr durch den derzeitigen 1. Vorstand Herrn Karl Mühl, Gartenstr. 49, 1. St., erfolgt.
Der Vorstand.

Ortskartell Durlach des deutschen Beamtenbundes.
Am Donnerstag, den 4. Febr. ds. J., abends 8 Uhr, findet im hiesigen Rathausaal die Jahrsversammlung statt.

Sauptversammlung
statt mit folgender Tagesordnung:
1. Jahresbericht des 1. Vorsitzenden.
2. Jahresbericht des Rechners.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Berichtsbüchlein.
Hierzu werden alle Mitglieder einschließlich der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen geziemend eingeladen.
Der Vorstand.

Radfahrer-Club „Germania 1892“ Durlach.
Am Samstag, den 6. Februar 1926, abends 1/9 Uhr findet im Gasthaus zur Blume unsere Generalversammlung statt.

prima Gefrierfleisch.
Kaspar Burr, Metzgermeister
Hauptstraße 20.
Morgen Donnerstag auf dem Wochenmarkt

Gefrierfleisch
Emil Schnelder jg.
Bankhaus STRAUS & CO. KARLSRUHE
Fernsprech-Anschlüsse für den Fernverkehr Nr. 4901 4902 4903 für den Stadtverkehr: Nr. 39 4431 4432 4433 für die Devisen-Abteilung Nr. 4439

Erfolg
haben die kleinsten Anzeigen im Durlacher Tageblatt.

Evangelischer Gottesdienst.
Durlach: Donnerstag, 28. Jan., abends 8 Uhr: Weihnachtsgottesdienst: Diemer: „Die Weichte“.